

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 17.03.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 17. März 2026, 16.30 Uhr mit 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schlägt vor, den TOP 7. „Öffentliche Anfragen und Informationen“ und TOP 7.1. „Sonstige Anfragen und Mitteilungen“ nach TOP 7.2. und 7.3. zu behandeln. Dann bittet **Herr Kellner** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 17. Februar 2026

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt nach, ob Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche bestehen. Da dies nicht der Fall ist, bittet **Herr Kellner** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass ihm keine schriftlichen Anfragen von Bürgern vorliegen. Auf seine Nachfrage hin meldet sich ein **Bürger** und stellt folgende Frage:

Der Bürger nimmt Bezug auf seine Anfrage im letzten Ausschuss vom 17.02.2026. Er fragt nochmals nach, ob eine Aufwertung des Straßenbelags in der Ziebigker Straße geplant sei. Er erläutert, dass Fahrradfahrer, die vom Kreisverkehr „7 Säulen“ kommen, auf die Straße geleitet werden, jedoch keine durchgehende Fahrbahnmarkierung vorhanden sei.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, antwortet, dass dies derzeit geprüft wird und der Bürger eine schriftliche Antwort bzw. Sachstandsmitteilung vom zuständigen Fachamt erhalten werde. **Herr Horváth** schlägt vor, die Thematik Ziebigker Straße im nächsten Ausschuss nochmals aufzugreifen und darüber zu informieren. Dann bittet er den Bürger, seine Kontaktdaten mitzuteilen, damit ihm eine schriftliche Antwort zugestellt werden kann.

Dann meldet sich ein weiterer **Bürger**, der folgende Fragen stellt:

Frage 1

„Wann ganz konkret ist mit den noch fehlenden Antworten zu rechnen?“

Ich muss als erstes sagen, dass ich begeistert bin von der Arbeit der Verwaltung. Nur 3 Reklamationen hier im Ausschuss und 2 Schreiben an die Stadträte haben gereicht, die Verwaltung zum Arbeiten zu bewegen. Das finde ich Klasse! Der Anfang ist gemacht. Einiges fehlt noch. Es dürfte wohl auch ganz klar sein, dass es sich immer um eine berechtigte Reklamation handelte, sonst hätte die Verwaltung ja jetzt nicht etwas eingestellt.“

Herr Kellner bittet um Konkretisierung der Anfragen.

Der Bürger führt aus, dass die Fragen in den Niederschriften stehen. Ihm wurden schriftliche Antworten zugesichert, die er nicht erhalten habe.

Frage 2

„Wie sah hier das Sicherheitskonzept aus und wer war für diese Sicherheit zuständig?“

Am Tag des Ukrainekrieges am 24. Februar gab es eine Gedenkveranstaltung dazu an der Friedensglocke. Diese war mit rund 200 Personen gut besucht. In der heutigen Zeit muss diese Veranstaltung, die sich an einem solchen Platz befindet, abgesichert werden. Dafür hat die Stadt tief in die Tasche gegriffen und Absperrungen gekauft. Das Ganze verliert den Sinn, wenn man dann genau die Fahrspur nicht sichert. Die Absperrung dafür wird nicht hochgeklappt. Damit ist das gesamte Sicherheitskonzept der Absperrung ad absurdum geführt, weil das Auto im

Ernstfall ordentlich Anlauf nehmen kann mit den entsprechenden Opferzahlen dann natürlich.“

Herr Horváth sichert dem Bürger eine schriftliche Antwort zu.

Frage 3

„Welche Vorteile und Nachteile hat es für den Bürger, in einem Gebiet zu wohnen, wo die Wärmeplanung gilt oder die Wärmeplanung nicht gilt?“

Herr Kellner schlägt vor, diese Frage im TOP 6.1. zu beantworten.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, moniert, eine Redeliste unter diesem Tagesordnungspunkt für alle Bürger und Bürgerinnen zu öffnen. Seiner Meinung nach solle auch in den nächsten Ausschüssen keine Massendiskussion stattfinden. Dann merkt **Herr Kaßner** an, dass die Kommunale Wärmeplanung für die gesamte Kommune gilt.

Der Bürger erwidert, dass ihm im letzten Wirtschaftsausschuss erklärt wurde, dass es Stadtteile gäbe, wo dies nicht gilt, wie z. B. Mosigkau, Süd, Haideburg, Törten.

Herr Kellner bittet nochmals, den TOP 6.1. abzuwarten, um die Anfrage zu beantworten. Weitere Anfragen von Bürgern gibt es nicht.

Frau Wallner, Fraktion der SPD, erscheint 16.40 Uhr zur Sitzung. Somit sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

6 Beschlussfassungen

6.1 Beschlussfassung Kommunalen Wärmeplan Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/018/2026/III-KSM

Hier informiert **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, ausführlich über die Beschlussvorlage. Dann nimmt sie Bezug auf die Anfrage 3 des Bürgers unter TOP 5. und informiert, dass diese Frage bereits im Bauausschuss beantwortet worden sei.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), regt an, die umfangreiche Betrachtung von Biomassepotenzialflächen zu beachten. Dazu führt er aus, dass in Mosigkau zum gegenwärtigen Zeitpunkt ca. 12.000 t Biomasse aus unterschiedlichen Erträgen vorlägen. Seiner Meinung nach, sei dies für die Fernwärmeversorgung von großer Bedeutung. Des Weiteren moniert **Herr Weber** den Umgang mit den Bürgern hinsichtlich der ordnungsgemäßen Beantragung bzgl. der Installation von Dachsolarflächen, ohne mit dem Denkmalrahmenplangebiet in Konflikt zu geraten. Dann nimmt **Herr Weber** Bezug auf die Analyse der Windkraft und moniert, dass nicht auf die Erweiterung des Windeignungsgebietes im Bereich Mosigkau hingewiesen wird.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, führt aus, dass sich die Gesetzeslage in Mildensee bzgl. des Denkmalschutzes seit 2 Jahren entspannt hat. Hier geht die Energieerzeugung vor Denkmalschutz, wenn bestimmte Kriterien erfüllt seien.

Herr Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), bittet um Veröffentlichung des Themas auf der Webseite der Stadt, um die Bürger darüber zu informieren.

Herr Diederling, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), erscheint 16.53 Uhr zur Sitzung. Somit sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Frau Lohde erläutert, dass es sicherlich verschiedene Arten von Energieversorgung gäbe, dies allerdings nicht Gegenstand dieses Wärmeplanes sei. Biomasse sei nur eine kleine Möglichkeit, da bestimmte Mengen an Biomasse benötigt werde. Es sei jederzeit möglich, einzelne Bereiche zu untersuchen, wie bestimmte Gebiete versorgt werden könnten, wenn Potenzial vorhanden sei, so **Frau Lohde**. Dann führt sie aus, dass sich bzgl. der PV-Anlagen die Gesetzeslage vor anderthalb Jahren geändert habe. Hier dürfe nur noch im Ausnahmefall abgelehnt werden.

Herr Huber, sachkundiger Einwohner, fragt, wo die Fernwärme produziert werde.

Frau Lohde ist der Meinung, dass die Fernwärme im Kraftwerk Dessau hergestellt werde. Dann informiert sie weiterhin, dass die Stadtwerke und die Stadt zusammen einen Transformationsplan erarbeiten.

Herrn Huber interessiert es weiterhin, ob man überhaupt leistungsfähig sei, die gesamte Fernwärme für das Stadtgebiet von Dessau herzustellen.

Herr Weber erklärt, dass Herr Kitzing von den Stadtwerken die Wärmepotenziale vorgestellt habe. Durch eine Unterteilung in 3 konkrete Gebiete in Dessau wurde analysiert, wie die Wärme erzeugt werden soll, z. B. durch Photovoltaik und ergänzend durch Erdwärme etc. Das umfangreiche Papier hierzu könne man sich sicher von Herrn Kitzing aushändigen lassen, so **Herr Weber**. Er moniert, dass es derzeit in der Region keine Industrie gäbe, die Abwärme zur Verfügung stellen könne.

Frau Lohde weist darauf hin, dass dem Endbericht des Kommunalen Wärmeplanes die Potenziale der einzelnen Energieformen zu entnehmen sei.

Herr Diederling, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), ist der Meinung, dass man in der vorliegenden Beschlussvorlage auch darauf eingehen sollte, hier regionale Unternehmen bei der Realisierung der Maßnahmen zur Wärmeplanung einzubinden.

Herr Max, sachkundiger Einwohner, fragt nach, ob die bestehenden Erdgasleitungen weiter ausgebaut werden.

Frau Lohde meint, dass hier die DVV hier aussagekräftig sei. Des Weiteren regt sie an, die DVV zu einem Ausschuss einzuladen, um weitere Informationen zu erhalten.

Frau Richter schlägt vor, eine Information an alle Stadträte auszureichen, wann EU-weit bzw. deutschlandweit ausgeschrieben werden müsse.

Herr Kellner schlägt vor, eine Mail diesbezüglich an alle Stadträte und Stadtratsbüros zu versenden.

Herr Weber informiert, dass weitaus mehr als die Hälfte durch regionale Tiefbauunternehmen bewirtschaftet werden. Auch die Vorbereitung auf die Kommunale Wärmeplanung im Stadtteil West werde durch ein regional ansässiges Unternehmen betrieben. Zurzeit befinde man sich in der Übersichtsplanung, so **Herr Weber**. Bei der einzelnen Detailplanung müsse das dann berücksichtigt werden. Er führt weiterhin aus, dass die DVV hier einer der größten regionalen Wirtschaftsmotoren für die Straßen-, Tiefbau- und Rohrleitungsunternehmen sei.

Dann stellt **Herr Kellner** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7- 0 – 2

6.2 Zulassung von Streusalz bei extremer Wetterlage zur Gefahrenabwehr Vorlage: FV/004/2026/AfD

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt, ob hier Einführungsbedarf bestehe.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, fragt sich, ob dies überhaupt praktisch umsetzbar sei.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, nimmt hier Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt, dass der Antrag der AfD-Fraktion dahingehend ausgerichtet sei, eine entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen, d. h. die Verwaltung soll eine entsprechende Regelung ausarbeiten. Es müsse klar definiert werden, wann eine extreme Wetterlage und extremes Glatteis vorliegen, so **Herr Horváth**. Sollte der Vorlage zugestimmt werden, ist ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung verbunden, nämlich eine entsprechende Änderung der Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung vorzunehmen. Diese Änderung müsse dann durch die Ausschüsse und in den Stadtrat laufen. **Herr Horváth** erklärt, dass heute keine Satzungsänderung beschlossen wird, sondern dass die Stadtverwaltung dies einarbeite und die Satzung beschließen lasse.

Herr Kellner stellt sodann die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 3 – 2 – 4

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Dieser Tagesordnungspunkt wird nach TOP 7.3. behandelt.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, spricht die Thematik der Entschlammung der Teiche an und bittet Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, im nächsten Ausschuss am 14.04.2026 darüber zu berichten.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf seine Ausführungen im letzten Ausschuss hinsichtlich diverser Müllsammelplätze in der Stadt und bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die rasche Erledigung.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchte in Bezug auf die Verkehrssicherheit des Elberadweges entlang der Ebertallee zwischen den Meisterhäusern und dem Amaliensitz wissen, wann die Sanierung des zweiten Abschnittes erfolgen werde.

Ihre zweite Frage bezieht sich auf den Fußweg zwischen den Meisterhäusern und dem Amaliensitz. Dieser entspräche in keiner Weise den Anforderungen an die Verkehrssicherheit. Durch das Wurzelwerk wurden hier Gehwegplatten herausgeschoben und würden somit eine Unfallgefahr darstellen. **Frau Richter** fragt nach, wann eine Sanierung des Fußweges stattfinden werde.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, fragt, wie die Bevölkerung im Katastrophenfall informiert werden soll.

Darauf antwortet **Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, dass es sich hier um das Schutzraumkonzept handele. Dieses werde derzeit beim Amt 37 entwickelt und erarbeitet. Es werde betrachtet, welche Räume für dieses Konzept genutzt werden könnten, wie z. B. Tiefgaragen, Keller, Schulen und Kindergärten. **Herr Müller** führt weiterhin aus, dass man sich derzeit im Dezernat in Abstimmung befände, wichtige Informationen zu dieser Thematik für die Bürger auf der Internetseite der Stadt einzustellen.

Herr Weber, Aktive Bürgerliche Vernunft (ABV), führt aus, dass in den Ortschaftsräten über das Thema Leuchtturmkonzept bereits informiert wurde. Er regt

an, die Bürger über die Presse oder Webseite zu informieren, was z. B. im Falle eines Stromausfalls zu tun sei.

Dann fragt **Herr Weber** nach dem Stand bzw. dem Inhalt der Ausschreibung der Risikoanalyse. Seiner Meinung nach, solle der Ausschreibungstext auch die Beteiligung der Politik und der Freiwilligen Feuerwehren bei der Entstehung der Ausschreibung enthalten, um Bedarfe abzubilden.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, antwortet hierauf, dass der Ausschreibungstext der Risikoanalyse und die damit verbundene Brandschutzbedarfsplanung bereits fertig sei. Im nächsten Ausschuss werde es hierzu eine Beschlussvorlage geben.

Herr Weber spricht dann die Absicherung von Osterfeuern bzw. anderen Veranstaltungen durch die Feuerwehr an. Er möchte wissen, ob dies überhaupt möglich sei und wenn ja unter welchen Bedingungen.

Hierauf antwortet **Herr Horváth**, dass an der bisherigen Praxis zur Absicherung von Umzügen festgehalten werden könne. Allerdings seien einige Rahmenbedingungen zu beachten. Die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr müsse auch während der Absicherung von Veranstaltungen gewährleistet sein. Gleichzeitig werden derzeit die versicherungstechnischen Rahmenbedingungen für den Einsatz der Fahrzeuge der Feuerwehr zur Absicherung von Veranstaltungen geprüft. Es werde dann eine entsprechende interne Festlegung geben, wie weiter zu verfahren sei.

Frau Richter nimmt Bezug auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung und möchte wissen, ob es weiter zulässig sei, die Fahrzeuge der Feuerwehr als Sperre zu nutzen.

Herr Kellner antwortet hierauf, dass keine Feuerwehrfahrzeuge als Sperrern bei Veranstaltungen fungieren.

Herr Horváth erklärt, dass sich die Anfrage von Herrn Weber auf Umzüge bezog. Dort kann ein Feuerwehrfahrzeug als Abschluss verwendet werden, da dies polizeilich so gefordert sei. Er führt aus, dass im Hinblick auf sonstige Veranstaltungen die Frage der Verwendung von Lkw bzw. Pkw für bestimmte Absperrungen immer der Einzelfall zu betrachten sei.

Dann führt **Herr Kellner** anhand eines Beispiels in Mildensee aus, wie der Werdegang bei der Beantragung und Absicherung einer Veranstaltung sei. Er informiert, dass bei einem Vorortgespräch in Mildensee geprüft wurde, wo und wie in Zukunft die Feste hier stattfinden können.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, informiert, dass er im Anschluss der Veranstaltung „Blickwinkel“ mit der Innenministerin gesprochen und diese bestätigt habe, dass es keine Vorschrift hinsichtlich zertifizierter Absperrungen gäbe. Dann

fragt **Herr Groneberg** nach der Zeitschiene bzgl. der Einrichtung von 30 km/h-Zonen.

Herr Horváth antwortet, dass man Laufe des Jahres aufgrund der Zuarbeiten und der Prioritätensetzung der Unteren Verkehrsbehörde die Prüfung vornehmen werde. Anfang nächsten Jahres werde die Thematik dann konkret behandelt.

Herr Weber möchte wissen, wie viele Ortschaften sich bzgl. möglicher Veranstaltungsorte und deren Absicherung gemeldet haben.

Herr Horváth informiert, dass es auf Abfrage bei den Ortschaften und den Stadtbezirken ca. 11 Rückmeldungen gegeben habe. Rücksprachen vor Ort gab es bereits in 9 Ortschaften, 2 befinden sich derzeit in Terminabstimmung.

Herr Kaßner erklärt, dass er im letzten Ausschuss angekündigt habe, eine Beschlussvorlage hinsichtlich der Sicherheitskonzepte für Feste von ehrenamtlich organisierten Vereinen u. ä. zu erstellen. Diese sei nunmehr fertig und müsste an die Ortsbürgermeister versandt werden. Leider wurden ihm die E-Mail-Adressen von den Ortsbürgermeistern von der Verwaltung nicht zur Verfügung gestellt.

Dann fragt **Herr Kaßner**, ob es für Feste ein Sicherheitskonzept geben wird, das dann für alle rechtsverbindlich sei.

Herr Horváth betont nochmals, dass jede Veranstaltung einzeln betrachtet werden müsse und es keine Handreichung von einem Vorlagenkonzept geben werde. Nach derzeitiger Gesetzeslage muss ab einer bestimmten Veranstaltungsgröße ein sogenanntes Sicherheitskonzept vorgelegt werden. Er betont, dass dies schon immer so gehandhabt wurde und es keine Änderungen diesbezüglich gäbe. Die einzige Neuerung sei die Frage nach einem Überfahrtschutz, welches im letzten Jahr hinzugekommen sei und gesondert betrachtet werden müsse. In den Ortschaften werde gerade in Vorortterminen mit den Veranstaltern Sachlagen aufgenommen und Hinweise gegeben. **Herr Horváth** führt weiterhin aus, dass man sich derzeit mit der Polizei hinsichtlich der Abwägung von Gefahrenlagen in Abstimmung befinde. Dann weist er darauf hin, dass der jeweilige Veranstalter für das allgemeine Sicherheitskonzept zuständig sei und nicht die Genehmigungsbehörde.

Herr Egelkraut bittet zu prüfen, ob die 2 Poller am Durchgang Lange Gasse zur Zerbster Straße verrückt werden könnten, da der Durchlass sehr knapp bemessen sei.

Dazu erklärt **Herr Horváth**, dass diese Aufstellung polizeilich so gefordert sei.

Da keine weiteren Anfragen bestehen, lässt **Herr Kellner** Nichtöffentlichkeit herstellen.

7.2 Vorstellung Ergebnisse Verkehrslärmmessung in Mildensee

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor TOP 7. behandelt.

Herr Jähnichen, Leiter Amt Umwelt- und Naturschutz, stellt anhand einer Präsentation, die als *Anlage* zur Niederschrift genommen wird, die Ergebnisse der Verkehrslärmmessung in Mildensee vor. Danach werden die hierzu von den Stadträten gestellten Fragen vollumfänglich von **Herrn Jähnichen** beantwortet.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, regt an, weiterhin Gespräche zu führen, um die Geschwindigkeit auf der Autobahn in Mildensee in beide Richtungen zu reduzieren, um den Lärm zu mindern.

7.3 Vorstellung Jahresbericht Feuerwehr Dessau-Roßlau 2025

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor TOP 7. und nach TOP 7.2. behandelt.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, informiert anhand einer Präsentation, die als *Anlage* der Niederschrift beigefügt wird, über den Jahresbericht der Feuerwehr Dessau-Roßlau 2025.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schließt die Sitzung 18.15 Uhr.

Dessau-Roßlau, 23.03.26

Florian Kellner
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin